

USA – auf dem Weg zum Regime-Change

von Dr. Herbert Ruland

Präsident Bush steht mit dem Rücken zur Wand: sein Lügengebäude, mit der er in den Irak-Krieg zog, ist vollständig zusammengebrochen und der Widerstand im Land gegen die US-Aggressoren wächst und fordert blutige Opfer unter Besatzern, Kollaborateuren aber auch unter der Zivilbevölkerung und Angehörigen von Hilfsorganisationen.

Auch Afghanistan ist alles andere als befriedigt, El Kaida und Taliban gibt es immer noch und auch Isama bin Laden scheint putzmunter zu sein.

Die Nahost-Politik der Bush-Regierung ist völlig gescheitert: eigentlich existiert sie überhaupt nicht mehr. Die USA unternehmen auch nicht den geringsten Versuch die israelische Regierung zu einer gemäßigeren Haltung gegenüber den Palästinensern zu bewegen.

In den USA selbst verzeichnet der Haushalt das größte Loch in der Geschichte, ein Ende der ökonomischen Talfahrt ist nicht abzusehen. Zusehends mehr Menschen in den Vereinigten Staaten gehen auf die Straße um gegen die außenpolitischen Abenteuer der Bush-Administration und den Abbau demokratischer und sozialer Rechte im Land zu demonstrieren.

In den neuesten Umfragen weht Präsident Bush erstmals seit den Ereignissen des 11. September 2001 ein eisiger Wind entgegen.

Ein ‚Regime-Change‘ im November 2004 scheint nunmehr möglich.

Der Irak

Am 2. Mai 2003 hatte Präsident Bush das Ende der Hauptkampfhandlungen im Irak verkündet.

Der Mann, der sich selbst aus persönlicher Feigheit und nicht aus hehren pazifistischen oder moralischen Gründen vor dem Kriegseinsatz in Vietnam gedrückt hatte, vollzog dieses Spektakel auf einem amerikanischen Flugzeugträger in der Kampfuniform eines Jet-Piloten. Doch von da ab ging es im Irak erst richtig rund!

Fast täglich kommt es nunmehr zu blutigen Anschlägen gegen die US-Besatzer und ihre einheimischen Helfer: leider aber auch gegen Unbeteiligte und gegen internationale Organisationen, die unabhängig von den Amerikanern die Not der geschundenen Iraker lindern helfen wollen.

Versuchten die Besatzer zunächst noch die wohl mehr oder weniger spontanen Anschläge auf das Konto versprengter Saddam-Getreuer und El Kaida Anhänger zu schieben, so scheinen sich zusehends so etwas wie organisierte Widerstandsstrukturen im Irak herausgebildet zu haben.

Mit Ausnahme der Kurden im Norden, fühlte sich wohl kaum ein Iraker durch die einmarschierenden US-Truppen ‚befreit‘ - froh waren jedoch zunächst breite Bevölkerungsteile endlich Saddam Hussein losgeworden zu sein. Ansonsten hoffte man, dass die Amerikaner sich weitestgehend aus dem täglichen Leben heraushalten und die Irakis möglichst bald sich wieder selbst überlassen würden.

Der erste Schock kam, als die Amerikaner nicht die Massenplünderungen in für die Bevölkerung lebenswichtigen Einrichtungen – außer im Ölministerium(!) – stoppten.

Die Arroganz mit der die angeblichen Befreier die politische und wirtschaftliche Macht im Land übernahmen und für sich nutzen und in der Bevölkerung kaum bekannte irakische

Exilanten und Kollaborateure für eine Marionettenregierung anheuerten stieß in der Bevölkerung auf weitest gehende Ablehnung. Es herrscht die Meinung vor, dass dieser sog. ‚Provisorische Regierungsrat‘ die Ressourcen des Landes und ehemalige Staatsbetriebe auf Anraten der Amerikaner weit unter Wert an ausländische - amerikanische - Investoren verscherbelt.

Allgemein werden die heutigen Lebensumstände als schwieriger als zur Zeit des UN-Embargos in den neunziger Jahren empfunden: in den meisten Gegenden gibt es nur sporadisch Strom und Wasser und Arbeit ist kaum vorhanden: auch dies wird den Amerikanern und ihren einheimischen Helfern angelastet.

Es war aber insbesondere die Überheblichkeit und die völlige Ignoranz der Besatzer gegenüber Sitten und Gebräuchen der Iraker, die die Bevölkerung in dieser Art und Weise gegen die Besatzer aufbrachte und den Widerstand in der heutigen Form erst entfacht hat: brutale Razzien, Verhaftungen Unbeteiligter, nächtliches Eindringen in Häuser, Erniedrigungen der Bewohner, Begrabschen von Frauen....

Die Iraker fühlen sich in ihrer Würde verletzt und wenn auch die Allerwenigsten etwas mit den Attentaten zu tun haben, so wird doch zumindest hinter vorgehaltener Hand Zustimmung signalisiert. Anlässlich des Raketenüberfalls auf das Raschid-Hotel in Bagdad am letzten Sonntag äußerte die 39jährige Hausfrau Sahira Hamid lächelnd, dass dies eine Aktion des Widerstands gewesen wäre, denn jeder wüsste, dass dort der Herr Wolfowitz logieren würde.

Paul Wolfowitz ist stellvertretender Verteidigungsminister und einer der übelsten rechten Ideologen und Scharfmacher in der Bush-Regierung. Er war es, der wenige Tage nach den Ereignissen des 11. September seinem Präsidenten empfahl, die Unterwerfung des Irak gleich mit in das Anti-Terrorpaket hineinzupacken!

‘Bring our boys home’

Durch Widerstandsaktionen alleine wird man die Besatzer nicht dazu bekommen, den Irak zu räumen; die USA wollen mit aller Gewalt die Kontrolle über das Land mit den zweitgrößten Ölreserven auf der Welt behalten.

Nichts spricht aber dafür, dass der Widerstand spurlos im Wüstensand verschwinden wird. Schon jetzt ist die größte militärische Macht der Welt im Irak überfordert: weitere US-Soldaten in das Land zu schicken ist weder finanziell möglich noch politisch in der Heimat durchsetzbar!

Jeder Soldat, der im Zinksarg nach Hause kommt, höhlt die Stimmung in der Heimat aus.

Die Bush-Administration hat jetzt ein Gesetz aus der Clinton-Aera in Kraft gesetzt, das es rigoros verbietet Särge gefallener US-Soldaten, die mit dem Sternenbanner geschmückt sind, im Fernsehen zu zeigen!

Schon jetzt sind nach dem Ende von Bushs ‚offiziellen Kampfhandlungen‘ mehr US-Boys/Girls umgekommen als vorher während des dritten Golfkriegs!

Wie zur Zeit des Vietnam-Kriegs in den sechziger und siebziger Jahren ertönt auch heute wieder in den USA zusehends der Ruf ‚bring our boys home‘.

Afghanistan

Auch dieser Krieg ist für Amerika und seine Verbündeten längst noch nicht gewonnen.

Der von Amerikas Gnaden ausgehaltene Präsident Karsai herrscht mit alliierter Militärpräsenz gerade einmal über die Hauptstadt Kabul und das auch nur bei Tageslicht. In den

verschiedensten Landesteilen haben üble Warlords und Stammesfürsten das Sagen. Ihren Lebensstandard und ihre Milizen finanzieren sie aus dem Drogenanbau, der sich seit der Vertreibung der Taliban vor zwei Jahren nahezu verzehnfacht hat.

Und auch Taliban und El Kaida sind wieder putzmunter. Seit dem Sommer 2003 liefern sich im Süden und Osten des Landes wieder Einheiten gut ausgerüsteter Kämpfer regelrechte Schlachten mit afghanischen Sicherheitskräften und US-geführten Einheiten.

„It's time for change“

Am 2. November 2004 finden in den USA die nächsten Präsidentschaftswahlen statt. Noch bis zur Besetzung des Irak im Frühjahr sah es so aus, als wenn Bush auch die nächsten Wahlen haushoch gewinnen würde.

Doch mittlerweile bläst der rechtesten Regierung, die die USA in ihrer Geschichte jemals gehabt haben, der Wind kräftig in das Gesicht. Im Zusammenhang mit der Begründung des Irak-Kriegs wird der Präsident zusehends in der Öffentlichkeit als Lügner bezeichnet und sein Image gefährlich angekratzt. Skandale, die Bush gefährlich werden können, drohen. So behauptete der Präsident in seiner Regierungserklärung im Januar, Irak beziehe Uran aus dem Niger und dies obwohl die US-Geheimdienste diese Meldung längst als Blödsinn abgetan hatten. Der Diplomat, der diese Untersuchung geleitet hatte, machte dies öffentlich: aus Rache wurde seine Ehefrau vom ‚Weißen Haus‘ öffentlich als CIA-Undercover-Agentin enttart, die Regierung selbst verletzte gröblichst elementarste amerikanische Gesetze.

In der Presse heißt das Schmierestück ‚intimidate‘, das FBI ermittelt, aber immer mehr amerikanische Bürger fordern eine unabhängige Untersuchung.

Der Bürgerprotest richtet sich aber nicht nur gegen die katastrophale und gemeingefährliche Außenpolitik der Bush-Administration, sondern auch gegen die Verhältnisse im Innern des Landes. Traf der Abbau demokratischer Grundrechte nach dem 11. September vor allen bei engagierten Bürgerrechtlern auf Protest, so sind es mittlerweile breite Bevölkerungsteile, die die schlechte wirtschaftliche Lage und die dramatische Zunahme der Armut im Land der Regierung Bush anlasten. Nicht zuletzt eine für die reichsten Amerikaner äußerst vorteilhafte Steuerreform führt dazu, dass in diesem Jahr in den USA das Haushaltsdefizit auf einen geschichtlichen Höchststand von 374 Milliarden Dollar steigt und im nächsten Jahr bei anhaltendem Irak Einsatz und weiterer Aufrüstung durchaus auch 500 Milliarden betragen könnte.

Dies ist die Stimmung auf dem ein Regime-Wechsel in den USA vonstatten gehen könnte.

Noch gibt es bei den oppositionellen Demokraten fast ein Dutzend Herausforderer.

In aktuellen Umfragen liegt sowohl der ehemalige Viersternegeneral Wesley

Clark, wie auch Senator John Kerry vor Bush.

Und wir?

Es ist ein alter Hut, das Europa mit einem demokratischen Präsidenten in den USA weitaus besser fährt, als mit einem Republikaner an der Spitze der stärksten Militärmacht der Welt.

Im Allgemeinen ist die Politik der Demokraten ‚multilateraler‘ ausgerichtet, d.h. sie geht mehr auf die berechtigten Belange der Partner ein, als dies die Republikaner tun.

Gerade die Regierungen des ‚alten Europas‘, d.h. Diejenigen, die gegen den Irak-Krieg waren, werden wohl sicherlich Nichts gegen einen Präsidentenwechsel in den USA einzuwenden haben.

Öffentlich werden sie sich zurückhalten und aus vermeintlichen gemeinsamen Interessen auch die Bush-Administration nicht gegen den Baum fahren lassen und ihr auch weiterhin öffentliche Zugeständnisse machen.

Wie kann es sonst z. B. kommen, dass auch die starken Mächte des ‚alten Europa‘ im UN-Sicherheitsrat einer von den USA eingebrachten Resolution zustimmen, die u.a. eine verstärkte internationale Militärpräsenz im Irak unter US-Kontrolle - aber jetzt mit dem Segen der Uno – vorsieht! Und obwohl sie dieser kuriosen Resolution zugestimmt haben, werden weder Frankreich, Deutschland noch Russland Truppen in den Irak schicken!

Um den Amerikanern aber den ‚guten Willen‘ im Antiterrorkampf zu zeigen schickt etwa Deutschland dafür Truppen in ein völlig idiotisches militärisches Abenteuer nach Kundus in Afghanistan!

Auch Belgiens Verteidigungsminister André Flahaut hält unter obiger UN-Resolution einen Einsatz belgischer Soldaten im Irak ebenfalls für ‚nicht wünschenswert‘. Aber dafür hatte Belgien gegenüber den USA in der Genozidgesetzgebung kapituliert: nunmehr können hier keine ausländischen nicht im Lande ansässigen Bürger mehr wegen des Verdachts von Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt werden.

Aber dafür bleibt dann auch die NATO in Brüssel und baut sich ein schönes neues Hauptgebäude.